

Zwanzig Jahre nach der Privatisierung der Bundespost

Arbeitspolitische Trends in der Briefbranche

Das Logistikgeschäft gilt, obwohl arg gebeutelt durch die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise, als Zukunftsbranche. In aktuellen Studien werden dem Zulieferverkehr zwischen Unternehmen, der Optimierung von Lieferketten, dem interkontinentalen Containertransport und der weltumspannenden Beförderung von Luftfracht beachtliche Wachstumsraten prognostiziert. Das sorgt für geradezu euphorische Stimmung an der Spitze der Deutschen Post, denn der Bonner Konzern gehört zu den Großen in der globalen Logistik – dank DHL. Auf diese Konzernsparte kommt der Post-Vorstandsvorsitzende besonders gern zu sprechen. Frank Appel geht davon aus, dass die „Erfolgsmarke DHL“ für Image und Rentabilität der Deutschen Post immer entscheidender wird.

Appels Begeisterung für Seecontainer, Frachtflugzeuge und Hochregallager sollte allerdings nicht dazu führen, das klassische Kerngeschäft der Deutschen Post zu ignorieren. Trotz des viel beschworenen Logistikbooms stammt die Hälfte des gesamten Konzerngewinns nach wie vor aus dem deutschen Briefgeschäft. Und nach wie vor verzeichnet die Briefsparte des „Gelben Riesen“, die für die Sortierung und Zustellung von Briefen und Paketen zuständig ist, eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen. Über 160.000 Postlerinnen und Postler kommen in diesem Unternehmensbereich zum Einsatz. Grund genug also, das Augenmerk auf arbeitsstrukturelle Entwicklungen im Briefdienst der Deutschen Post zu richten.

Arbeitsbedingungen in der Briefsparte

Vor rund zwanzig Jahren wurde die Privatisierung der Deutschen Bundespost eingeläutet. Mit weit reichenden Konsequenzen für die Briefsparte des einstigen Staatsbetriebs: Die Post-Spitze begann, ihre Rationalisierungs- und Kostensenkungsstrategien drastisch zu intensivieren. Folgerichtig sind im Briefdienst seit Anfang der 1990er Jahre permanente Umstrukturierungen beobachtbar. Sie manifestieren sich nicht nur in der Errichtung hoch automatisierter Brief- und Paketsortierzentren. Kennzeichnend für den Umbau der Briefsparte sind auch die Schrumpfung des posteigenen Fuhrparks, die Schließung von Postfilialen und eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Erhöhter Leistungsdruck, sinkende Löhne und Ängste um den Arbeitsplatz machen vielen Sortier- und Zustellkräften zu schaffen.

Mitte Juni kursierte die Nachricht, die Deutsche Post plane unter dem Namen „Projekt One“ die bisher größte Spar- und Umbauaktion im Briefbereich. Vorgesehen sei, alle noch in Eigenregie betriebenen Filialen zu verkaufen. Gemeldet wurde außerdem, der „Gelbe Riese“ wolle einige der 82 Briefsortierzentren schließen und nur noch an fünf statt wie bisher sechs Tagen zustellen. Obendrein war von neuen Plänen zur weiteren Senkung des Lohnniveaus zu lesen. Die Post beabsichtige, ein zweites Zustellnetz aufzubauen und zunehmend Arbeit an einen Tochterbetrieb zu verlagern: an die insbesondere im Ruhrgebiet agierende First Mail. Das Düsseldorfer Unternehmen zahlt seinen Beschäftigten nur die 9,80 Euro des bisherigen Branchenmindestlohnes, während in der Briefsparte des ehemaligen Staatskonzerns je nach Dienstzugehörigkeit Stundenlöhne von 12 bis 16 Euro bezahlt werden.

In einem Interview, das Appel Ende Juni der *Frankfurter Allgemeinen* gab, wies er die Spekulationen über eine Verschärfung des Sparprogramms im Briefgeschäft zurück. Zugleich bekräftigte der Post-Chef aber, weiterhin die Personalkosten drücken zu wollen. Nicht nur durch den Ausbau von First Mail, sondern auch durch Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen im herkömmlichen Zustellnetz. Doch sorgen niedrigere Löhne und

längere Arbeitszeiten tatsächlich für sichere Arbeitsplätze im Briefdienst? Sollten sich die Gewerkschaften deshalb den Sparplänen der Postspitze fügen? Die Fragen können getrost verneint werden. Der Briefmarkt schrumpft seit Jahren, zu Gunsten der Kommunikation per E-Mail oder SMS. Und es ist davon auszugehen, dass der klassische Brief, nicht zuletzt wegen des zurzeit von der Post eingeführten E-Postbriefs, weiter an Bedeutung verlieren wird. Einschlägige Prognosen sagen dem Briefgeschäft in Deutschland mittelfristig ein Minus von 30 bis 35 Prozent voraus. An diesem Trend würden niedrigere Einkommen der Postlerinnen und Postler nichts ändern. Die Verkleinerung des Briefmarktes, die im Übrigen einher geht mit einer noch stärkeren Automatisierung der Briefsortierzentren, wird für weiteren Arbeitsplatzabbau in der Briefsparte der Deutschen Post sorgen – ganz unabhängig vom Lohnniveau der Sortier- und Zustellkräfte. Eine defensive und konzessionsbereite Gewerkschaftspolitik wäre somit alles andere als taktisch klug. Der Blick auf Briefmarkt und Post legt eine gegenteilige Schlussfolgerung nahe: Gewerkschaftliches Handeln mit Konflikt- und Streikbereitschaft ist notwendiger denn je.

Verdi und die Post

Richtiggehend gestreikt worden ist beim „Gelben Riesen“ freilich schon lange nicht mehr. Lediglich ein paar Warnstreiks hat es in den letzten Jahren gegeben. Verdi setzt auf die sozialpartnerschaftlichen und korporatistischen Traditionen der Post und versucht, durch Verhandlungen eine für gewerkschaftliche Anliegen empfängliche Unternehmenspolitik zu erreichen. Mit allerdings nur mäßigem Erfolg: Es gelang, einige Sparpläne der Konzernspitze abzumildern und die Kernbelegschaften vor Entlassungen und drastischen Einkommenseinbußen zu schützen, die kontinuierliche Verschlechterung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen vermochte Verdi aber nicht zu stoppen und umzukehren. Trotzdem ist ein gewerkschaftspolitischer Kurswechsel hin zu einer offensiveren Lohn- und Tarifpolitik nicht in Sicht. Das hängt, worauf Holger Marcks und Andreas Förster in einem Beitrag für die *Jungle World* hinweisen, mit dem Streikverständnis der DGB-Gewerkschaften zusammen: „Zwar ist die soziale Bedeutung des Streiks auch in DGB-Kreisen unbestritten, insgesamt tut man aber hierzulande gern so, als sei der Streik eine Massenvernichtungswaffe, die erst als letztes aller Mittel aus dem Arsenal geholt werden dürfe.“

Dass Verdi Streiks bei der Post scheut, sorgt an der gewerkschaftlichen Basis für Unmut. Von einer kämpferischen Stimmung im Unternehmensbereich Brief kann indes nicht die Rede sein. In den Sortierzentren und den Zustellstützpunkten gibt es etliche Beschäftigte, die Widerstand gegen den Kurs der Konzernführung für aussichtslos halten oder die mit dem, was die Postspitze vorhat, sogar übereinstimmen. Standort- und verzichts-ideologische Denkmuster sind in der Postbelegschaft keine Seltenheit. Dasselbe gilt für verschiedene Formen des Mobbing. Sie haben deutlich zugenommen, seit vor einigen Jahren in der Briefsparte ein Entlohnungssystem Einzug hielt, das auf dem neoliberalen Leistungsbegriff fußt und Entsolidarisierungstendenzen Vorschub leistet.

(Mindest-) Löhne und Gewerkschaften in der Briefbranche

Noch problematischer als bei der Deutschen Post sind die Arbeitsbedingungen zweifelsohne beim Gros der konkurrierenden Unternehmen. Viele Betriebe in der Briefdienstbranche zahlen Stundenlöhne von weniger als sechs Euro und nötigen dadurch die dort Beschäftigten, ihre kargen Einkommen durch Inanspruchnahme sozialstaatlicher Transferleistungen aufzustocken. Die Post-Mindestlohnverordnung – eingeführt im Januar 2008 und ausgelaufen im April dieses Jahres – entfaltete nicht den von Verdi erhoffte Magneteffekt: Bei den meisten Postkonkurrenten kam es zu keiner Erhöhung der Gehälter auf Mindestlohnstandard.

Beobachtbar ist stattdessen eine aus gewerkschaftlicher Sicht unerfreuliche Magnetwirkung: Bei der Deutschen Post werden die Einkommen in Teilen der Briefzustellung auf das Niveau der Mindestlöhne herabgedrückt (siehe First Mail).

Der Briefmarkt führt vor Augen, dass die Einführung von Mindestlöhnen kein Grund für allzu großen gewerkschaftlichen Optimismus sein sollte. Mindestlöhne sorgen nicht für eine „autonome Revitalisierung“ der Gewerkschaften. Um dieses Postulat, das zum Leitbild gewerkschaftslinker Strategiepapiere avanciert ist, mit Leben zu füllen, muss die streit- und streikarme Friedhofsruhe in den Betrieben aufgebrochen werden. „Unruhestifter“ sind in der vom „Gelben Riesen“ dominierten Briefbranche allerdings rar gesät: Verdi ist sicherlich keine handzahme Gewerkschaft, infolge ihrer korporatistischen Prägung ist die Bereitschaft zu harten Auseinandersetzungen mit der Gegenseite aber eingeschränkt. Wie marionettenhafte Geschöpfe der neuen Briefdienstleister verhalten sich die „Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation“ (CGPT) sowie die „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste“ (GNBZ). Ein Beispiel: Diese beiden Miniorganisationen setzten 2007/08 ihre Unterschriften unter Lohndumping-Tarifverträge, mit denen Postkonkurrenten à la PIN und TNT den Mindestlohn umgehen wollten. Nicht so willfährig und unternehmensfreundlich wie CGPT und GNBZ agiert eine weitere Kleingewerkschaft in der Briefbranche. Es handelt sich um eine „Kommunikationsgewerkschaft“ namens DPVKom. Sie wendet sich gegen Lohn- und Sozialdumping bei der Post und den neuen Briefdienstleistern. Eine radikalere und konfliktfreudigere Gangart als Verdi legt die „Kommunikationsgewerkschaft“ aber nicht an den Tag. Weit verbreitet scheint bei der zum Deutschen Beamtenbund gehörenden DPVKom die Sehnsucht nach der vermeintlich „guten alten Post“ und deren „Beamtengeist“ zu sein.

Ausblick

Der „Gelbe Riese“ hat sich gewandelt: von einer staatsbürokratisch strukturierten Behörde in einen „staatskapitalistisch“ geprägten Global Player. Die Strategien und Entscheidungen der Konzernspitze folgen der Profitlogik. Deshalb kann es nicht erstaunen, dass die Deutsche Post auch während der Fertigstellung dieses Textes mit Kostensenkungsplänen für Aufsehen sorgte. Ende August wurde gemeldet, dass das Post-Management die Zustellung von Paketen vom Jahr 2012 an vollständig an Niedriglöhne zahlende Fremdfirmen auslagern will. Sollte das geschehen, wären 7000 bis 8000 Arbeitsplätze bei der Post gefährdet. Aber vielleicht kommt es ja sogar in nicht allzu ferner Zukunft zu noch gravierenderen Einschnitten: In Börsen- und Aktionärskreisen wird immer wieder die Forderung nach einer Aufspaltung des „Gelben Riesen“ in die Bereiche Deutsche Post und DHL laut. Demnach soll sich der Bonner Konzern auf die in der Konzernsparte DHL gebündelten Logistikaktivitäten konzentrieren und sich aus dem Briefgeschäft verabschieden.

Das Verschwinden der klassischen Post lässt auch die klassischen Muster gewerkschaftlicher Interessenvertretung in der Briefbranche erodieren. Korporatistisch geprägte Strategien der Betriebs- und Lohnpolitik erweisen sich immer häufiger als ineffektiv. Notwendig ist eine „autonome Revitalisierung“ der Gewerkschaften. Wie ist sie zu erreichen? Dieser Frage müssen Verdi und der DGB sich widmen, statt – siehe die aktuelle Debatte um die „Tarifeinheit“ – gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden Erklärungen zu veröffentlichen, die auf eine Einschränkung der Tarifautonomie und des Streikrechts hinauslaufen.

Geert Naber (Oldenburg), September 2010